

Freude und andere Gefühle

■ ROLAND MACHATSCHKE



Roland Machatschke, langjähriger ORF Radio- und Fernsehjournalist in zahlreichen leitenden Funktionen. In seiner Pension weiterhin als Journalist und in der Journalisten- ausbildung tätig.

Die Europahymne kann man nicht singen, weil sie offiziell keinen Text hat. Wer in der klassischen Musik bewandert ist, weiß, dass die Musik aus Beethovens Neunter Symphonie genommen wurde, aus der Vertonung von Schillers Ode „An die Freude“. Dem Europarat hatte es vor allem die Zeile „Alle Menschen werden Brüder“ angetan, als er 1972 seine Wahl traf. Fünfzehn Jahre später schloss sich die Europäische Gemeinschaft, heute Europäische Union, dieser Entscheidung an. Wahrscheinlich ist aber „Freude“ bei den meisten EU-Bürgern nicht die erste Assoziation, die ihnen zum Thema Europa einfällt. Schade. Es müssen ja nicht gerade die großen Ideen sein („Freude treibt die Räder in der großen Weltenuhr“), es muss ja nicht der Traum von einem europäischen Bundesstaat sein, man kann sich auch mit dem gemeinsamen Markt, der Eurozone oder sogar mit der europäischen Agrarpolitik bescheiden. Oder mit der Richtlinie für den Nichtraucherschutz, deren Verschärfung von der Regierung in Wien sehnlich erwartet wird, damit sie nach deren Umsetzung gegenüber den empörten Nikotinsüchtigen auf den Sündenbock „Brüssel“ weisen kann.

Buhmann EU

Europa-Politik Made in Austria schaut so aus: Unpopuläres wird von Brüssel oder Strassburg diktiert, das Abstimmungsverhalten der österreichischen Abgeordneten ausgeblendet. Bei Projekten, die aus EU-Fonds mitfinanziert werden, verschweigt man dies nach Möglichkeit. Außer knapp vor der EU-Wahl, wenn in der Wiener SPÖ-Jubelpostille plötzlich darüber berichtet wird. Die Fördergelder für Österreichs Bauern sind kein Thema. Die SPÖ wartet mit der Kandidatenliste, ob ihr vielleicht

doch noch ein bunter Vogel zufliegt, dessen Gesang ihr die verzückten Wählerinnen und Wähler zuführen könnte. Dann bleibt sie beim alt gedienten Europaprofi als Spitzenkandidat und nennt die ganze Mann/Frauschaft „A-Team“. Assoziationen mit Österreichs Fußball-Nationalmannschaft sind unerwünscht, aber nach dem Wahlergebnis unvermeidlich. Die neue Parteiführung der ÖVP holt einen Mann aus dem Politiker-Pensionistenklub, der als Spitzenkandidat die Partei für EU-Kritiker und -Gegner attraktiv machen soll. Der beleidigte Bisherige gewinnt einen Vorzugsstimmen-Wahlkampf mit tatkräftiger Unterstützung der alten Parteiführung. Nutzt aber nix – denn schon vor Verlautbarung des Ergebnisses hat sich die Mehrheit der Mannschaft auf den Neuen als Teamkapitän eingeschworen.

Die Grünen setzen ihren bisherigen Spitzenmann und weithin anerkannten Europapolitiker ab und preisen das neue Team auf einem Plakat an, das manche an das allegorische Gemälde vom Sieg der Freiheit durch die Französische Revolution erinnert, andere wieder an Poster aus Nordkorea.

Die meistgelesene Zeitung der Welt kandidiert zwar nicht als Partei, gewinnt aber trotzdem mit einem Mann, der nach zehn Jahren als EU-Abgeordneter an Brüssel und Strassburg kein gutes Haar lässt und offenbar deshalb besonders glaubwürdig wirkt. Das Resultat löst bei vielen frustrierten Pro-Europäern sogar Erleichterung aus: Wenigstens sind diese Stimmen nicht an FPÖ und BZÖ gegangen! Die FPÖ hat mit holprigen Versen und hochgehaltenem Kreuz zwar selbst die Religionsgemeinschaften des Landes gegen sich aufgebracht, aber die Aufregung nicht in den erhofften großen Stimmengewinn ummünzen können. Und das BZÖ blieb, was es ist: eine

politische Randerscheinung, diesmal sogar in Kärnten.

Europäische Themen bei einer Wahl zum Europäischen Parlament – wer das erwartet hatte, dem ist eine gewisse Naivität nicht abzusprechen. Aber obwohl es schwierig ist, alle Aspekte von Wahlkampagnen in 27 Ländern zu erfassen, lässt sich doch ein Themenkomplex festmachen, der in ganz unterschiedlichen Ländern extremistischen Parteien Gewinne gebracht hat. In Österreich hat es die FPÖ plakatiert und haben es mit Ausnahme der Grünen alle Parteien vertreten: keine EU-Mitgliedschaft für die Türkei. Ähnlich in den großen EU-Staaten wie Frankreich oder Deutschland. Eine Diskussion über die Erweiterung der EU um ein in vielerlei Hinsicht problematisches Land ist nicht nur legitim, sondern auch notwendig. Das sollten auch die beleidigten türkischen Kommentatoren verstehen. Eine andere Sache ist die Begleitmusik. Wenn dabei an die dumpfsten xenophoben oder minderheitenfeindlichen Gefühle appelliert wird, ist das bedenklich. Den Regierenden muss aber klar sein, dass die Erfolge solcher Wahlwerbungen ihr Versagen bei den Problemen Zuwanderung und Integration dokumentiert.

Europäischer Rechtsblock formiert sich

Ein ganzer Block solcher Abgeordneter wird sich im neu gewählten Europäischen Parlament versammeln. Aus Großbritannien Rassisten der British National Party, die schon mit Mosley-Faschisten der Dreißigerjahre verglichen wurden. Aus Ungarn die Rassisten der Jobbik-Partei, deren Aktivisten ebenfalls Erinnerungen an die faschistische Vergangenheit wecken, wenn sie uniformiert durch Roma-Siedlungen marschieren und provozieren. Aus Rumänien und der Slowakei Abgeordnete von Parteien, die offen gegen die jeweilige ungarische Minderheit hetzen. Einige aus diesen Reihen haben schon angekündigt, das sie gern mit den altbekannten Le Pen-Frontisten, dem Vlaams Belang aus Belgien, der niederländischen Freiheitspartei des Geert Wilders, der italienischen Lega

Nord oder Österreichs FPÖ kooperieren möchten. Nach den neuen Regeln wird als Fraktion anerkannt, wenn sich mindestens 25 Abgeordnete aus sieben Staaten zusammenschließen. Eine Fraktion erhält finanzielle Förderung und kann Vorsitzende für Komitees stellen, also deutlich in die Entscheidungsprozesse des Parlaments eingreifen. Allerdings ist extremer Nationalismus keine gute Voraussetzung für übernationale Zusammenarbeit. Bisher ist jeder Versuch der extremen Rechten, eine eigene Fraktion zu bilden, gescheitert.

Die Signale der EU-Wähler, also weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten in den 27 Staaten, sind widersprüchlich und in vielen Fällen mit der jeweiligen nationalen Situation zu erklären. Gestärkt wurde die rechte Mitte, also die Europäische Volkspartei, das Sammelbecken der konservativen Parteien. Stärker wurden auch die Grünen, die ihren spektakulärsten Erfolg in Frankreich unter der Führung des französisch-deutschen Alt-Achtundsechzigers Daniel Cohn-Bendit feierten. Geschwächt wurde die linke Mitte. Die Sozialdemokraten konnten nicht von der weit verbreiteten Kapitalismuskritik angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise profitieren. Gestärkt wurden europakritische bis europafeindliche Gruppierungen wie die britische Independence Party oder Hans Peter Martin. Die auf den ersten Blick skurrile schwedische Piratenpartei zieht ins Parlament ein. Auswirkungen auf die nationale Politik werden die Wahlergebnisse in so unterschiedlichen Ländern wie Großbritannien und Irland haben. Premierminister Gordon Brown kämpft, schwer angeschlagen durch Wirtschaftskrise und Spesenskandale seiner Labour-Regierung, um sein politisches Überleben. In Irland hat wiederum die konservative Regierungspartei einen schweren Schlag zu verkraften. Auch in Spanien, Ungarn und Bulgarien gab es Denkmäler für die Regierungsparteien. In diese Liste hat sich auch die SPÖ eingetragen, wobei ihr das gute Abschneiden des Koalitionspartners kein Trost sein wird. Vielleicht werden die etablierten Parteien beim nächsten Mal die Europawahlen ernst nehmen.

■ **Den Regierenden muss klar sein, dass die Erfolge solcher Wahlwerbungen ihr Versagen bei den Problemen Zuwanderung und Integration dokumentiert.**